



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Dienstag, 12. April 2022
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:30 Uhr
Teil:
Sitzungsende öffentlicher Teil: 21:05 Uhr
Ort: Saal der Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas	
Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline	kommt während lfd. Nr. 133
Dritter Bürgermeister	Endres Bernd	
Gemeinderat	Beck Josef	
Gemeinderat	Bell Bernhard	
Gemeinderat	Elbert Andreas	
Gemeinderätin	Gläßel Marita B.	
Gemeinderat	Günther Sven	
Gemeinderat	Hofmann Reinhold	
Gemeinderat	Mödl Maximilian	
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana	
Gemeinderat	Seefried Holger	ab lfd. Nr. 142 abwesend
Gemeinderat	Dr. Sonnek Georg	
Gemeinderat	Stoll Marcus	

Entschuldigt:

Gemeinderat Lang Johannes

Sonstige Anwesende:

Berater Auktor Ingenieure
GmbH, Dipl.-Wirtschafts-Ing.
(FH) XXXXXXXXXXXX

Schriftführer/-in:

Schriftführerin Heike Thoma

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
01.	Bürgerfragestunde
02.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
03.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.03.2021 (öffentlicher Teil)
04.	Wasserrückhaltung bei Starkregen (mit Ingenieurbüro Auktor)
05.	Vollzug des Baugesetzbuches
05.01	Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes vom 05.10.2001
05.02	Bebauungsplan Reisgrube
05.02.01	Information: Einfacher Bebauungsplan <-> Qualifizierter Bebauungsplan
05.02.02	Information: Beschleunigtes Bauleitplanverfahren: Bebauungsplan der Innenentwicklung (§ 13 a BauGB) ohne Durchführung einer Umweltprüfung mit späterer Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung
05.02.03	1. Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan "Reisgrube" 2. Städtebauliche Planungsinhalte- und ziele: a) Erweiterung der KITA Theilheim b) Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter ab 2026 c) Stellplatzkonzept Altort d) Obdachlosenunterbringung e) Häuser für Flüchtlinge f) Projekt „Vor der Dorfmauer“: Gestaltungskonzept für den Straßenraum einschließlich des Bereiches vor dem Marienheim g) Projekt „Untertorgasse“: Städtebauliches Feinkonzept zur Verbesserung der Erschließungssituation und Gestaltung des räumlichen Übergangs zum Altort
05.03	Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre „Reisgrube“
05.04	Erlass einer Satzung über die Begründung eines besonderen Vorkaufsrechts zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für den Bereich "Reisgrube" (Vorkaufsrechtssatzung "Reisgrube")
06.	Auftragsvergabe Glaserfaseranschlüsse Teil 1 - Bayerische Gigabitrichtlinie (BayGibitR)
07.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 08.02.2022, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
08.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
08.01	Information: KITA Theilheim: KfW-Förderung & Vergabe Abbrucharbeiten und Schadstofffreimachung
08.02	Information: Schlussrechnung Löschwasserzisterne Reissgarten
08.03	Sitzungstermin Vorberatung Haushalt 2022
09.	Fragen aus dem Gemeinderat
09.01	Ukraine-Hilfe in Theilheim

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:30 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

TOP 01.	Bürgerfragestunde
Lfd. Nr. 123	

Sachverhalt:

Eine pandemiebedingte Zugangsbeschränkung ist seit 03.04.2022 entfallen (Sechzehnte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (16. BayIfSMV) vom 1. April 2022).

Aufgrund des örtlichen Infektionsgeschehens wird aber gebeten, eine FFP2-Maske beim Bewegen in der Halle zu tragen. Am Sitzplatz kann die Maske abgenommen werden.

Aufgrund der derzeit hohen Infektionszahlen wird um ein freiwilliges Tragen der FFP2-Masken während der gesamten Sitzung gebeten.

In der vorgezogenen Bürgerfragestunde, die gemäß Geschäftsordnung höchstens 30 Minuten dauern darf, haben die Bürger*innen die Gelegenheit Fragen zu stellen. Diese sollen nach Möglichkeit in der Sitzung beantwortet werden.

Kann eine Frage nicht direkt beantwortet werden, soll die Antwort innerhalb von drei Wochen schriftlich erfolgen.

Die Fragen werden in die Niederschrift der Sitzung aufgenommen.

Diskussionsverlauf:

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 02.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
Lfd. Nr. 124	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich eröffnet die Gemeinderatssitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Beschluss 1:

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 03.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.03.2021 (öffentlicher Teil)
Lfd. Nr. 125	

Beschluss 1:

Die Niederschrift vom 17.03.2022 (öff. Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 04.	Wasserrückhaltung bei Starkregen (mit Ingenieurbüro Auktor)
Lfd. Nr. 126	

Sachverhalt:

Der Klimawandel geht auch an Theilheim nicht spurlos vorüber. Die Starkregenereignisse vor allem im Juli des vergangenen Jahres haben gezeigt, dass Maßnahmen notwendig sind, um Theilheim vor Überflutungen zu schützen. Neuralgische Punkte sind der Lindelbacher Weg und der Türschengraben, aber auch der Tannenweg mit dem Niederschlagswasserabfluss aus dem Bereich Reissgarten.

Die Verwaltung hat sich in der Angelegenheit an das Ingenieurbüro Auktor gewandt. Mit dem Geschäftsführer, XXXXXXXXXX, fand am 20.10.2021 ein erstes Gespräch statt. Dabei wurde die Problematik in Theilheim mit dem Starkregen, verstärkt durch die Tallage von Theilheim, geschildert.

XXXXXXX hat dazu nun eine erste Ausarbeitung erstellt, die er dem Gemeinderat in der Sitzung vorstellen wird.

Diskussionsverlauf:

Erster Bürgermeister Herpich erteilt XXXXXXXXXX das Wort; auf die dieser Beschlussnummer anliegende Präsentation wird verwiesen.

XXXXXXX erläutert die Problematik von Starkregenereignissen anhand verschiedener Beispielfälle in anderen Kommunen und stellt den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde dar, der auf den Bemessungsregen abzustellen ist.

Starkregenereignisse seien im Vorfeld kaum genau verortbar.

Zur Aufarbeitung der Problemstellung bieten sich unterschiedliche Vorgehensweisen an; das DWA-Regelwerk DWA-M 119 sei aber immer auf dem Stand der Technik, werde allseits anerkannt und ist damit eine sehr gute Hilfestellung. XXXXXXXXXX erläutert eine mögliche Gefährdungsanalyse und einzelne Schritte hierzu:

- ① Hydraulische Analyse des Kanalnetzes & hydraulische Überrechnung
- ② Topografische Analyse: XXXXXXXXXX empfiehlt, sich in diesem Bereich nicht auf die Probleme der letztjährigen Starkregenereignisse zu beschränken
- ③ Überflutungssimulation

Grundsätzliche Fragestellung sei, welcher Regen als Bemessungsgrundlage zu wählen ist.

Die sich aus der Analyse ergebenden Wahrscheinlichkeiten würden der Gemeinde aber kein bisschen Mehr an Sicherheit oder Vorsorge geben.

- ④ Check der neuralgischen Punkte

⑤ Check der Schadenspotentiale (-> Menschen, -> Sachwerte, -> immaterielle Werte, -> Produktionsausfälle, -> Verkehrsbehinderungen u. v. m.)
Der Flächennutzungsplan gebe einen ersten Blick auf die Schadenspotentiale.

⑥ Blick vor Ort

⑦ Zusammenführung der einzelnen Analysen in der Risikobewertung

⑧ Kommunikation und Veröffentlichung der Ergebnisse: Wie kann Theilheim bei Starkregenereignissen geschützt werden?

⑨ Die Ergebnisse müssen gelebt werden.

XXXXXXXXXX betont die Verantwortlichkeit der Gemeinde im Rahmen der Ausweisung neuer Baugebiete: Die Bauleitplanung müsse Starkregenereignisse als Umweltbelang in die Abwägung miteinbeziehen.

Er bietet der Gemeinde die Durchführung einer Informationsveranstaltung zur Risikokommunikation an.

Auf Nachfrage erläutert XXXXXXXXXX, dass die Aufdimensionierung einer Kanalhaltung nicht regelmäßig das Allheilmittel der Wahl sei; ganz oft gebe es die Möglichkeit, an „anderen Schrauben zu drehen“.

Erster Bürgermeister Herpich dankt XXXXXXXXXX für seinen Vortrag. Das Thema wird vertieft werden; über das weitere Vorgehen wird der Gemeinderat entscheiden.

TOP 05.	Vollzug des Baugesetzbuches
Lfd. Nr. 127	

Sachverhalt:

Der ursprünglich mit „Bauleitplanung“ benannte TOP wurde auf Empfehlung von Wegner Stadtplanung in „Vollzug des Baugesetzbuches“ umbenannt.

TOP 05.01	Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes vom 05.10.2001
Lfd. Nr. 128	

Sachverhalt:

Die Städtebaufördermaßnahmen wurden im Jahr 2019 endabgerechnet. Die Sanierungsmaßnahme lief im vereinfachten Verfahren.

Erledigt sind folgende Schritte:

- Gesamtverwendungsnachweis und Abrechnung des Sanierungsgebietes
- Abschlussbericht + Fortschreibung VU bzw. ISEK (bereits von 2006): Überblick über erreichte / noch nicht erreichte Ziele bzw. neue / bestehende städtebauliche Missstände (Mail der Regierung von Unterfranken, Sachgebiet 34, vom 22.03.2022).

Mit dem Erlass der Satzung zur Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes und deren ortsüblicher Bekanntmachung sowie der Streichung der Sanierungsvermerke im Grundbuch ist das vereinfachte Sanierungsverfahren abgeschlossen.

Rechtslage:

Die Aufhebungssatzung bedarf keiner Begründung.

Die Frist für eine Sanierung soll 15 Jahre nicht überschreiten (§ 142 Abs. 3 Satz 3 BauGB). Sanierungssatzungen, die – wie vorliegend - vor dem 1. Januar 2007 bekannt gemacht worden sind, sind spätestens bis zum 31. Dezember 2021 mit den Rechtswirkungen des § 162 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 BauGB aufzuheben, es sei denn, es ist ... eine andere Frist für die Durchführung der Sanierung festgelegt worden (§ 235 Abs. 4 BauGB).

Eine solche „andere“ Frist wurde durch die Gemeinde Theilheim nicht festgelegt.

Der Beschluss vom 21.09.2020 der Gemeinde Theilheim, mit dem der Gemeinderat den Wiedereinstieg in die Städtebauförderung befürwortete, bezieht sich auf ein neues Sanierungsverfahren mit voraussichtlich teilweise nicht deckungsgleichem Sanierungsgebiet bzw. anderen Sanierungsschwerpunkten:

Hierfür wird die Gemeinde ein neues Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept erarbeiten (ISEK):

Erst dann können die (erneute) förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets und die Neubestimmung der Ziele und Zwecke der Sanierung sowie der konkreten Durchführungsmaßnahmen (Ordnungs- und Baumaßnahmen) erfolgen.

Beschluss 1:

Die Gemeinde beschließt die Satzung zur Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes; der Text der Satzung liegt diesem Beschluss an und ist dessen wesentlicher Bestandteil.

Abstimmungsergebnis: 12 : 1

Beschluss 2:

In der ortsüblichen Bekanntmachung der Aufhebung der Sanierungssatzung ist auf folgendes hinzuweisen:

Mit dem Inkrafttreten der Satzung entfällt für die im Sanierungsgebiet liegenden Grundstücke

- das allgemeine Vorkaufsrecht der Gemeinde Theilheim gem. § 24 Abs.1 Nr. 3 BauGB
- die Genehmigungspflicht von Vorhaben und Rechtsvorgängen gem. § 144 Abs. 1 und 2 BauGB
- die Inanspruchnahme der steuerlichen Vergünstigungen für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen von Gebäuden gem. § 7h, § 10f und § 11 a Einkommensteuergesetz (EStG)

Abstimmungsergebnis: 12 : 1

Beschluss 3:

Die Gemeinde ersucht das Grundbuchamt, die Sanierungsvermerke der von der Satzung über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes vom 05.10.2001 betroffenen Grundstücke zu löschen.

Abstimmungsergebnis: 11 : 2

TOP 05.02	Bebauungsplan Reisgrube
Lfd. Nr.	

TOP 05.02.01	Information: Einfacher Bebauungsplan <-> Qualifizierter Bebauungsplan
Lfd. Nr. 129	

Rechtslage:

Qualifizierter Bebauungsplan	Einfacher Bebauungsplan
<p>Bebauungsplan, der mindestens Festsetzungen hat über</p> <p>die Art der baulichen Nutzung (Art des Baugebietes); möglich sind: Kleinsiedlungsgebiete, reine Wohngebiete, allgemeine Wohngebiete, besondere Wohngebiete, Dorfgebiete, dörfliche Wohngebiete, Mischgebiete, urbane Gebiete, Kerngebiete, Gewerbegebiete, Industriegebiete, Sondergebiete</p> <p>das Maß der baulichen Nutzung -> Festsetzung der Grundflächenzahl oder der Größe der Grundflächen der baulichen Anlagen -> Festsetzung der Geschossflächenzahl oder der Größe der Geschossfläche, der Baumassenzahl oder der Baumasse -> Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse -> Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen.</p> <p>die überbaubaren Grundstücksflächen (Festsetzung von Baulinien, Baugrenzen oder Bebauungstiefen)</p> <p>die örtlichen Verkehrsflächen</p>	<p>Bebauungsplan, der den Mindestfestsetzungskatalog eines qualifizierten Bebauungsplanes nicht erfüllt</p>

„Das BauGB schreibt an keiner Stelle einen bestimmten Mindestinhalt von Bebauungsplänen vor. Es obliegt der Gemeinde, die für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung nach ihrer planerischen Konzeption erforderlichen Festsetzungen in einem Bebauungsplan zu treffen (...). Fehlen Festsetzungen entweder über Art und Maß der baulichen Nutzung oder über die überbaubaren Grundstücksflächen oder über die örtlichen Verkehrsflächen, handelt es sich um einen einfachen Bebauungsplan iS des Abs. 3. Dabei ist es ohne Belang, ob ein einfacher Bebauungsplan im Übrigen sehr detaillierte Festsetzungen enthält oder nicht“ (aus: Battis / Krautzberger / Lohr: Baugesetzbuch, 15. Auflage 2022, Rdnr. 9 zu § 30 BauGB).

XXXXXXXXXX beurteilt die Erstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes im Hinblick auf die vorhandenen Strukturen als äußerst aufwendig und planerisch schwierig – diese Auffassung wird geteilt.

Die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes ist nur mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand leistbar: Denn die vorhandene Bebauung, also der vorhandene bauliche Bestand - müsste dafür genauestens erhoben werden. Dazu bedürfte es der Vergabe von kostenintensiven Gebäudeaufmessungen zur Bestimmung des tatsächlich vorhandenen Maßes der baulichen Nutzung; dieser Aufwand übersteigt beispielsweise den Aufwand der Aufmaße, die mit beitragsrechtlichem Hintergrund noch zu vergeben sind, deutlich.

Der Regelungsbedarf bzw. das Ziel der Aufstellung dieses Bebauungsplanes sind die im TOP 5.2.3 genannten Punkte; diese machen die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes – insbesondere was das Maß der baulichen Nutzung betrifft – nicht erforderlich.

TOP 05.02.02	Information: Beschleunigtes Bauleitplanverfahren: Bebauungsplan der Innenentwicklung (§ 13 a BauGB) ohne Durchführung einer Umweltprüfung mit späterer Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung
Lfd. Nr. 130	

Sachverhalt:

Ein Bebauungsplan für Maßnahmen der Innenentwicklung (Bebauungsplan der Innenentwicklung) kann im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben:

- § 13 a Abs. 1 Satz 2 Alternative 1 BauGB ist erfüllt: Der Bebauungsplan darf danach nur eine zulässige Grundfläche im Sinne von § 19 Abs. 2 BauNVO (Baunutzungsverordnung) oder eine Größe der Grundfläche festsetzen von insgesamt weniger als 20.000 Quadratmetern: Der vorläufige Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst insgesamt 18.644 qm. Die Vorgabe des § 13 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bzw. des § 13 a Abs. 1 Satz 3 BauGB kann damit nicht überschritten werden.
- Zwar wurden in der Gemeinde Theilheim bereits Bebauungspläne der Innenentwicklung aufgestellt, es liegt jedoch in der Gesamtbetrachtung keine einheitliche städtebauliche Maßnahme mit dem jetzt aufzustellenden Bebauungsplan „Reisgrube“ vor: Als Bebauungsplan der Innenentwicklung wird aktuell aufgestellt (Bebauungspläne, die bereits in Kraft getreten sind, bleiben in der nachfolgenden Zusammenstellung unberücksichtigt): „6. Änderung des Gesamtbebauungsplanes – Teil1“ im Bereich der Winterleitenstraße: Anlass und Ziel dieses Änderungsverfahrens, das kurz vor seinem verfahrensrechtlichen Abschluss steht, war der Antrag von zwei Grundstückseigentümern auf Bebaubarkeit der Grundstücke Flurnrn. 1331 und 1329/1 der Gemarkung Theilheim. Das Bauleitplanverfahren hat folgenden Geltungsbereich:



Aus dem benannten Anlass und Zielen des Bebauungsplans „6. Änderung des Gesamtbebauungsplanes – Teil1“ bzw. dessen Geltungsbereich und Verfahrensstand ergibt sich, dass dieser nicht in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem aufzustellenden Bebauungsplan „Reisgrube“ steht.

- Die Zulässigkeit eines Vorhabens, für das eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, wird durch den Bebauungsplan nicht begründet.
- Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele oder des Schutzzwecks der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung oder der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes bestehen nicht.
- Es gibt auch keine Anhaltspunkte dafür, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind.

Damit kann das beschleunigte Verfahren für Bebauungspläne der Innenentwicklung nach § 13a BauGB ohne Weiteres gewählt werden.

Zu den Vorteilen dieses Verfahrens:

- Die wichtigste Verfahrenserleichterung: Auf eine Umweltprüfung, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden, kann verzichtet werden. Die Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen (Monitoring), die an die Umweltprüfung anknüpft, entfällt im beschleunigten Verfahren ebenfalls.
- Im beschleunigten Verfahren gelten die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Absatz 2 und 3 Satz 1 BauGB entsprechend: Auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung (mit) der Öffentlichkeit und den Behörden kann verzichtet werden; gleichwohl empfiehlt sich eine Vorabstimmung der Bauleitplanung mit den Trägern öffentlicher Belange.
- Ein Bebauungsplan ist aus den Darstellungen des Flächennutzungsplanes zu entwickeln. Der Bebauungsplan Reisgrube wird von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes abweichen: Der Flächennutzungsplan müsste im Parallelverfahren geändert werden. Bei einem Bebauungsplan der Innenentwicklung, der die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebietes nicht beeinträchtigt; kann der Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung angepasst werden.

TOP 05.02.03	1. Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan "Reisgrube"
Lfd. Nr. 131	2. Städtebauliche Planungsinhalte- und ziele: a) Erweiterung der KITA Theilheim b) Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter ab 2026 c) Stellplatzkonzept Altort d) Obdachlosenunterbringung e) Häuser für Flüchtlinge f) Projekt „Vor der Dorfmauer“: Gestaltungskonzept für den Straßenraum einschließlich des Bereiches vor dem Marienheim g) Projekt „Untertorgasse“: Städtebauliches Feinkonzept zur Verbesserung der Erschließungssituation und Gestaltung des räumlichen Übergangs zum Altort

Diskussionsverlauf:

Es wird angeregt, die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB im Verfahrenslauf durchzuführen.

Rechtslage:

Berichtigung des Flächennutzungsplans

„Bei der Berichtigung handelt es sich um einen redaktionellen Vorgang, auf den die Vorschriften über die Aufstellung von Bauleitplänen keine Anwendung finden; insbesondere bedarf es keiner ortsüblichen Bekanntmachung. ... Der Gesetzgeber geht ersichtlich davon aus, dass die entsprechenden Darstellungen des Flächennutzungsplans gegenstandslos geworden sind; sie sind durch die Entwicklung überholt und obsolet geworden. Eines entsprechenden Änderungsverfahrens bedarf es nicht (...).

Für den Flächennutzungsplan entfällt daher auch die Notwendigkeit einer Umweltprüfung (§ 2 Abs. 4) oder der Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (§ 1a Abs. 3).

Zuständig für die Berichtigung nach Abs. 2 Nr. 2 ist das Organ, das für die Änderung oder Ergänzung des Flächennutzungsplans berechtigt ist.

Für die Praxis empfiehlt es sich, dass die Gemeinde den Satzungsbeschluss zum Anlass nimmt, auf die Rechtsfolge der Berichtigung hinzuweisen und die Verwaltung hiermit (deklaratorisch) zu beauftragen oder die Berichtigung zugleich mit der Aufstellung des Bebauungsplans vorzunehmen (...)“ aus Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch, Werkstand: 143. EL August 2021, Rdnr. 74 zu § 13 a BauGB

Für den späteren Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Reisgrube ist dies entsprechend vorgesehen.

Verzicht auf die Umweltprüfung

Die Gemeinde ist nicht gehindert, Verfahrensschritte aus der Umweltprüfung „freiwillig“ anzuwenden. Umweltbelange sind gleichwohl in der Abwägung zu berücksichtigen.

Absehen von der vorgezogenen Öffentlichkeitsbeteiligung

Hier liegt eine „Kann-Vorschrift“ vor: Ebenso wie bei der Umweltprüfung kann von der frühzeitigen Unterrichtung und der Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB abgesehen werden. Die Gemeinde kann damit auch eine Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen.

Genehmigungserfordernis?

Der Bebauungsplan bedarf nicht der Genehmigung durch das Landratsamt Würzburg.

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim nimmt Kenntnis von den durch das Planungsbüro Wegner Stadtplanung erstellten Planunterlagen

- **„ANLASS UND ZIEL DES BEBAUUNGSPLANS „REISGRUBE“ vom 12.04.2022 und**
- **Lageplan „Zeichnerische Festsetzungen“ vom 12.04.2022**

(als Anlage diesem Beschluss beigelegt) und billigt diese.

Das beschriebene Nutzungskonzept ist Grundlage des nachfolgenden Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan „Reisgrube.“

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

Die Gemeinde Theilheim beschließt die Aufstellung eines Bebauungsplanes „Reisgrube“ als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Absatz 2 und 3 Satz 1 BauGB.

- im Norden und im Osten durch die Staatsstraße 2272
- im Süden durch die Straßen „Reisgrube“ und „Oberlehrer-Beck-Straße“
- im Westen durch die westliche Grundstücksgrenze der Grundschule Theilheim, Reisgrube 17 bzw. durch die Straße Reisgrube

Geltungsbereich

**Gemeinde Theilheim
Bebauungsplan "Reisgrube"**

Ein maßstäblicher Lageplan „Geltungsbereich“ vom 01.04.2022 mit Darstellung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes „Reisgrube“ ist diesem Beschluss als Anlage beigelegt und wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses.

Im Einzelnen liegen folgende Grundstücke der Gemarkung Theilheim im Geltungsbereich des Bebauungsplanes:

Grundstück Flurnr. der Gemarkung Theilheim:	Lagebezeichnung
1239	Gartenweg
1241	Nähe Gartenweg
1242	Gartenweg 1
1240	Gartenweg 2
1237	Gartenweg 3
1240 / 2	Gartenweg 4
74	Hauptstraße 2

Grundstück Flurnr. der Gemarkung Theilheim:	Lagebezeichnung
73	Hauptstraße 4
70	Hauptstraße 6
69	Hauptstraße 8
66	Hauptstraße 10
72 / 3	Nähe Hauptstraße
1236 / 6	Randersackerer Straße
75	Randersackerer Straße 1
1237 / 1	Randersackerer Straße 3
1236 / 5	Randersackerer Straße 5
1236 / 2	Randersackerer Straße 7
1478 / 2	Nähe Randersackerer Straße
1236	Reisgrube
65	Nähe Reisgrube
64	Reisgrube 2
64 / 2	Reisgrube 4
1242 / 3	Reisgrube 4a, 4b
1242 / 2	Reisgrube 6
1261	Reisgrube 13
1260	Reisgrube 15
1262	Reisgrube 17
70 / 1	Untertorgasse
68	Untertorgasse 1
72 / 2	Untertorgasse 2
72	Untertorgasse 3, 4

Auf die Durchführung einer frühzeitigen Erörterung und Unterrichtung nach § 3 Abs. 1 BauGB wird verzichtet.

Ebenso verzichtet wird auf die Durchführung einer Umweltprüfung (in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden) nach § 2 Abs. 4 BauGB. Damit entfallen folgende Planungsinstrumente:

- der Umweltbericht nach § 2a BauGB
- die Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind (§ 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB)
- die zusammenfassende Erklärung zum Bebauungsplan (§ 10 Abs. 4 BauGB)
- die Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen nach § 4c BauGB (Monitoring)

Der Bebauungsplan Reisgrube wird von den Darstellungen des Flächennutzungsplans abweichen, die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gebiets wird dadurch nicht beeinträchtigt werden: Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen.

Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen; es ist in diesem Rahmen ortsüblich bekannt zu machen,

- a) dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB aufgestellt werden soll.

- b) dass die Öffentlichkeit sich über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung im Rathaus in der Zeit vom 09.05.2022 bis 23.05.2022 unterrichten kann und sich bis 31.05.2022 zur Planung äußern kann.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

Beschluss 3:

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes werden folgende Planungsziele angestrebt:

- a) Erweiterungsbedarf der KITA Theilheim
- b) Erfüllung des neuen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter ab 2026 nach § 24 Abs. 4 SGB VIII
- c) Erstellung eines Stellplatzkonzepts für den Altortsbereich (Teilbereich Türschengraben)
- d) Obdachlosenunterbringung
- e) Bereitstellung von Häusern für Flüchtlinge z. B. aus der Ukraine, ggfs. später auch aus anderen Regionen
- f) Projekt „Vor der Dorfmauer“: Gestaltungskonzept für den Straßenraum einschließlich des Bereiches vor dem Marienheim
- g) Projekt „Untertorgasse“: Städtebauliches Feinkonzept zur Verbesserung der Erschließungssituation und Gestaltung des räumlichen Übergangs zum Altort

Zu den einzelnen Planungszielen wird auf die diesem Beschluss anliegenden Planunterlagen „Anlass und Ziel des Bebauungsplanes Reisgrube“ und Vorabzug „Zeichnerische Festsetzungen“ vom 01.04.2022 verwiesen, die wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses sind: Damit wird ausdrücklich begründet, dass und aus welchen Gründen die Notwendigkeit besteht, die ausgewiesenen Flächen als Gemeinbedarfsflächen für entsprechende Anlagen zu nutzen.

Dieser Beschluss und die Planunterlagen hierzu sind Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 05.03	Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre „Reisgrube“
Lfd. Nr. 132	

Sachverhalt:

Ist ein Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans gefasst, kann die Gemeinde zur Sicherung der Planung für den künftigen Planbereich eine Veränderungssperre mit dem Inhalt beschließen, dass Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden dürfen und erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden dürfen (§ 14 Abs. 1 BauGB).

Die Veränderungssperre wird von der Gemeinde als Satzung beschlossen (§ 16 Abs. 1 BauGB).

Die Veränderungssperre tritt nach Ablauf von zwei Jahren außer Kraft und ist um ein Jahr verlängerbar; wenn besondere Umstände es erfordern, um ein weiteres Jahr (§ 17 Abs. 1 und 2 BauGB).

Rechtslage:

Die Voraussetzungen für den Erlass der Veränderungssperre sind erfüllt:

Die Gemeinde Theilheim hat heute beschlossen, einen Bebauungsplan „Reisgrube“ aufzustellen und den räumlichen Geltungsbereich abgegrenzt; die vorliegende Satzung stimmt mit diesem Geltungsbereich überein. Dieser Aufstellungsbeschluss wird in Kürze ortsüblich bekannt gemacht werden, das Inkrafttreten für die Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre ist für einen zeitlich (geringfügig) später liegenden Zeitpunkt vorzubereiten.

Die Planungsabsichten der Gemeinde Theilheim sind bereits hinreichend konkretisiert und formuliert und ergeben sich aus den heute gefassten Beschlüssen (der Planentwurf ist Gegenstand der Beschlussfassung). Die Planungsabsichten der Gemeinde – und das Sicherungsbedürfnis der Planung - sind damit ausreichend dokumentiert. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Reisgrube ist sachgerecht eingeleitet.

Die Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre bedarf keiner Begründung.

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim beschließt zur Sicherung der Planung für den künftigen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Reisgrube die Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre Reisgrube. Der Text der Satzung liegt diesem Beschluss an und ist dessen wesentlicher Bestandteil.

In der Bekanntmachung ist auf folgendes hinzuweisen:

Auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre nach § 18 und des § 18 Abs. 3 BauGB über das Erlöschen der Entschädigungsansprüche bei nicht fristgemäßer Geltendmachung wird hingewiesen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

Beschluss 2:

Das Vorhaben der Gemeinde Theilheim „Änderungsantrag zur Baugenehmigung Umbau und Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte St. Johannes um drei Gruppen mit Abbruch von Anbauten (1. Erhalt der vorhandenen Dachgauben & Rückbau der Gaubendächer, 2. Außendämmung mit Abbruch von Natursteinmauern, 3. Absturzsicherung)“ ist Teil des mit der Bauleitplanung zu sichernden Planungsziels.

Das Vorhaben ist jedoch baurechtlich noch nicht genehmigt.

Für das Vorhaben wird eine Ausnahme von der Veränderungssperre nach § 3 Abs. 2 der Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre „Reisgrube“ ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 05.04	Erlass einer Satzung über die Begründung eines besonderen Vorkaufsrechts zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für den Bereich "Reisgrube" (Vorkaufsrechtssatzung "Reisgrube")
Lfd. Nr. 133	

Sachverhalt:

„Das besondere gesetzliche Vorkaufsrecht in Maßnahmegebieten ist ein Instrument des vorsorgenden Grunderwerbs. Aus städtebaulichen Gründen soll die Gemeinde bereits im Frühstadium der Vorbereitung städtebaulicher Maßnahmen Grundstücke mit dem Ziel kaufen können, die späteren Maßnahmen leichter durchführen zu können. ...

*An den Erlass der Satzung stellt das Gesetz daher nur **geringe tatbestandliche Anforderungen** ... Der weite Anwendungsbereich der Nummer 2 wird vor allem durch das Erfordernis begrenzt, dass die Vorkaufssatzung zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung erforderlich sein muss“*

Aus: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, Baugesetzbuch Werkstand: 143. EL August 2021, RdNr. 12 zu § 25 BauGB.

Rechtslage:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Reisgrube“ ist eine städtebauliche Maßnahme, die es zu sichern gilt. Auf Grundlage des § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB kann die Gemeinde ein Satzungs-vorkaufsrecht in einem Gebiet begründen, für das ein Bebauungsplan aufgestellt wird.

Der Bebauungsplan dient der Erfüllung städtebaulicher Entwicklungs- und Ordnungsaufgaben – und zwar der geordneten städtebaulichen Fortentwicklung des Quartiers Reisgrube; die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung machen die Sicherung der Infrastruktureinrichtungen KITA, Hort, Schule und deren Fortentwicklungsmöglichkeiten erforderlich: Kindergarten und Grundschule sind wesentliche Bausteine der zentralen sozialen Infrastruktur in Theilheim. Die Gemeinde zollt den Belangen des Bildungswesens Rechnung mit der Zweckbestimmung der hierfür vorgesehenen Flächen.

Ein Sicherungsbedürfnis für eine geordnete städtebauliche Entwicklung besteht damit.

Rein vorsorglich wird auf folgendes hingewiesen:

Zwar regelt § 24 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, dass der Gemeinde ein Vorkaufsrecht zusteht beim Kauf von Grundstücken im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, soweit es sich um Flächen handelt, für die nach dem Bebauungsplan eine Nutzung für öffentliche Zwecke oder für Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich nach § 1a Absatz 3 BauGB festgesetzt ist.

Diese Rechtsgrundlage ist aber nicht ausreichend, da für Kaufverträge, die vor dem Beginn der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes „Reisgrube“ geschlossen werden, der Gemeinde gerade kein Vorkaufsrecht gemäß § 24 Abs. 1 Satz 2 BauGB zusteht. Dies ist aber im jetzigen Planungs-Frühstadium erforderlich.

Darüber hinaus können sich auf Grund der mit heutigem Aufstellungsbeschluss formulierten Planungsziele weitergehende Verwendungszwecke als die in § 24 Abs. 1 Satz 2 BauGB genannten ergeben.

Dem Vorkaufsrecht der Gemeinde unterliegen bebaute und unbebaute Grundstücke im Geltungsbereich der Satzung.

Für die Satzung ist keine Begründung vorgeschrieben.

Der Satzungsentwurf wurde mit der Kanzlei Ulbrich § Kollegen abgestimmt.

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim beschließt die Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für den Bereich „Reisgrube“ (Vorkaufsrechtssatzung „Reisgrube“); der Text der Satzung liegt diesem Beschluss an und ist dessen wesentlicher Bestandteil.

In der Bekanntmachung ist auf folgendes hinzuweisen:

Auf die Vorschriften des § 28 Abs. 6 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für ältere Erwerbsrechte sowie über das Erlöschen der Entschädigungsansprüche bei nicht fristgemäßer Geltendmachung wird hingewiesen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0**Abstimmungsbemerkung:**

Gemeinderätin Ruf kommt während des Tagesordnungspunktes; sie nimmt an der Abstimmung nicht teil.

TOP 06.	Auftragsvergabe Glaserfaseranschlüsse Teil 1 - Bayerische Gigabitrichtlinie (BayGibitR)
Lfd. Nr. 134	

Sachverhalt:

Auf den Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 4a.und 4b der Gemeinderatssitzung vom 09.02.2021 wird verweisen.

Im Zuge des interkommunalen Auswahlverfahrens in der Bayerischen Gigabitrichtlinie (BayGibitR) wurden Angebote für die Einzellose 1 bis 7 sowie ein Gesamtangebote bezogen auf die Einzelgemeinde und das gesamte Projektgebiet eingeholt. Auf Basis der Erstangebote wurden Nachverhandlungen mit allen vier Bietern geführt.

Die Netzbetreiber hatten im Anschluss die Möglichkeit der Nachkalkulation und der Erfüllung etwaiger Nachforderungen. Die nachverhandelten Angebote wurden anhand der Wertungskriterien der Ausschreibung ausgewertet. Für die vier Gemeinden der interkommunalen Zusammenarbeit ist das Gesamtangebot der Telekom Deutschland GmbH gemäß Wertungsmatrix das wirtschaftlichste Angebot. Die Wirtschaftlichkeitslücke des ausgewählten Angebotes beträgt 2.402.936 €. Der zu leistende Eigenanteil durch die Gemeinden Gerbrunn, Randersacker, Rottendorf und Theilheim beträgt 240.294 €. Der Freistaat Bayern fördert die Wirtschaftlichkeitslücke mit 2.162.642 €. Die Förderquote beträgt somit 90 %.

Für die Gemeinde Theilheim ergeben sich auf Basis der anteiligen Anschlusszahl am Projektgebiet (194 von insgesamt 643) zu leistende Eigenmittel in Höhe von 72.499 €.

Der Realisierungszeitraum konnte im Rahmen der Nachverhandlungen von 48 Monaten auf 24 Monate reduziert werden.

Diskussionsverlauf:

Auf Anfrage teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass die Gesamtmaßnahme in den Haushalt einzustellen ist (mit den einzelnen Positionen Gesamtauftrag und Förderung).

Es wird der relativ hoher Anteil von Glasfaseranschlüssen der Gemeinde Theilheim an der Gesamtmaßnahme konstatiert; Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Deutsche Telekom in zwei der vier Kommunen der interkommunalen Zusammenarbeit eine sog. eigenwirtschaftlichen Ausbau (auf eigenen Kosten) betreibt um sich Wettbewerbsvorteile und Marktanteile zu sichern. Dies findet außerhalb der BayGibitR statt.

Die Bauarbeiten werden unter der Regie der Telekom durchgeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Mittel für die Maßnahme sind für die Haushalte der Jahre 2022 und 2024 wie folgt vorzusehen:

Finanzierungsplan Gigabitrichtlinie

Anschlüsse Gesamt	643	100,00%
Anschlüsse Theilheim	194	30,17%
Gesamtkosten	2.402.936,00 €	
Anteil Theilheim	724.991,58 €	

Bezeichnung	Fälligkeit (Jahr)	Höhe in %	Höhe gesamt in Euro	Anteil Theilheim	Abschlag Fördermittel	Eigenanteil Theilheim
1. Teilzahlung	2023	50%	1.201.468,00	362.495,79	326.246,21	36.249,58
2. Teilzahlung	2023	25%	600.734,00	181.247,89	163.123,10	18.124,79
Schlusszahlung	2024	25%	600.734,00	181.247,89	163.123,10	18.124,79
						72.499,16

Die Mittel sind im Vermögenshaushalt einzustellen: EP8.8810.9500

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim beauftragt in interkommunaler Zusammenarbeit mit Gerbrunn, Randersacker und Rottendorf die Telekom Deutschland GmbH mit dem Aufbau und Betrieb eines NGA-Breitbandnetzes (FTTB) im festgelegten Erschließungsgebiet unter der Voraussetzung eines positiven Förderbescheides und der Genehmigung durch die Bundesnetzagentur.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

TOP 07.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 08.02.2022, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
Lfd. Nr. 135	

Sachverhalt:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

Bei folgenden, in nichtöffentlichen Sitzungen behandelten Beschlüssen ist die Geheimhaltung entfallen:

Datum	Gremium	Nr.	Tagesordnungspunkt
08.02.2022	Gemeinderat	TOP 4.1	Baumaßnahme Entlastungskanal Reissgarten - Bodenentsorgung der Haufwerke Die Fa. kWk Transporte GmbH aus Wiesentheid erhält auf Grundlage des Angebots vom 18.01.2022 über brutto 9.921,74 € den Auftrag für die Entsorgung des Aushubs für das Haufwerk 10, stammend aus der Baumaßnahme Entlastungskanal Reissgarten. Die Fa. kWk Transporte GmbH aus Wiesentheid erhält auf Grundlage des Angebots vom 18.01.2022 über brutto 11.988,77 € den Auftrag für die Entsorgung des Aushubs für das Haufwerk 11, stammend aus der Baumaßnahme Entlastungskanal Reissgarten.

TOP 08.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr. 136	

TOP 08.01	Information: KITA Theilheim: KfW-Förderung & Vergabe Abbrucharbeiten und Schadstofffreimachung
Lfd. Nr. 137	

Sachverhalt:

Die Gemeinde Theilheim hat am 21.03.2022 für die Maßnahme „Umbau/Erweiterung der Kath. Kindertageseinrichtung St. Johannes, Gartenweg 3“ einen KfW-Zuschuss mit folgendem Kostenplan beantragt:

Beantragter KfW-Zuschuss	461.000,00 €
Sonstige öffentliche Mittel	379.000,00 €
Eigenmittel / Fremdfinanzierung	5.858.000,00 €
GESAMTKOSTEN	6.698.000,00 €

Die KfW Kommunalfinanzierung hat am 21.03.2022 den Eingang des Förderantrags bestätigt und mitgeteilt, dass diese Bestätigung keine Vorwegnahme einer Entscheidung darstellt. Auf eigenes Risiko kann die Gemeinde Theilheim ab jetzt Liefer- und Leistungsverträge abschließen und mit dem Vorhaben beginnen.

Erster Bürgermeister Herpich hat daher aufgrund der Ermächtigung durch Beschluss des Gemeinderates vom 17.03.2022 am 22.03.2022 folgende Entscheidung getroffen:

Die Fa. Leinweber, Künzell, wird mit der Vergabe der Abbrucharbeiten und Schadstofffreimachung mit einer Angebotssumme brutto von 204.972,64 EUR beauftragt; die Gemeinde folgt damit der Vergabeempfehlung des Architekturbüros Brückner & Brückner vom 17.03.2022. Haushaltsmittel werden bereit gestellt.

TOP 08.02	Information: Schlussrechnung Löschwasserzisterne Reissgarten
Lfd. Nr. 138	

Sachverhalt:

Die Schlussrechnungen für den Löschwassertank am Allwetterplatz mit einem Fassungsvermögen von 100 m³ im Baugebiet Reissgarten liegen vor:

Rechnung Löschwassertank vom 10.02.2022	58.250,50 €
Rechnung Zufahrt vom 29.03.2022	20.337,10 €
GESAMT	78.587,60 €

TOP 08.03	Sitzungstermin Vorberatung Haushalt 2022
Lfd. Nr. 139	

Sachverhalt:

Die Sitzung zur Vorberatung des Haushalts 2022 im Finanz- und Personalausschuss findet am Freitag, 29.04.2022, 16:00 Uhr statt. Eine Beschlussfassung im Gemeinderat ist unverändert für den 07.06.2022 vorgesehen.

TOP 09.	Fragen aus dem Gemeinderat
Lfd. Nr. 140	

Diskussionsverlauf:

Zweite Bürgermeisterin Ruf – federführend in dieser Angelegenheit – berichtet, was seit dem Beschluss des Gemeinderates vom 17.03.2022 an Hilfe für geflüchtete Ukrainer:innen geleistet wurde: Sie sei stolz auf Theilheim, was alles passiert sei:

Beim Anwesen Untertorgasse 1, das sie zunächst mit Freunden besichtigt und als Unterkunft für gut befunden hat, hat ein Personenkreis von ca. 30 Personen tatkräftig so mit angepackt, dass das Anwesen kurzfristig bewohnbar war – und eine erste Familie am 20.03.2022 (!) einziehen konnte.

Zweite Bürgermeisterin Ruf dankt allen Helfern und den Firmen, die das Projekt tatkräftig unterstützt und Hand in Hand gearbeitet haben; sie und Erster Bürgermeister Herpich sprechen ihren Dank aus an die Firmen Elektro Eck, Heizungsbau Thomas Endres, Firma Jäger Akustikbau, Wallrapp Haustechnik, die Mitarbeiter des Bauhofes, den „Rentnermannschaft“ vom Gemeinderat Reinhold Hofmann und den unzähligen Dolmetschern, Helfern, Spendern und Unterstützern aus der Bevölkerung.

Den Helfern hat es dermaßen Freude gemacht zu helfen, dass keiner damit aufhören wollte – deshalb wurde das Projekt Randersackerer Straße 2 in Angriff genommen; das Haus war ursprünglich nicht bewohnbar. Die Helfergruppe ist jedoch gut vernetzt, die notwendigen Sach- und Geldspenden waren immer sofort verfügbar.

Aktuell sind in Theilheim 13 Personen aus der Ukraine in Gemeindeunterkünften und 10 Personen in Privatunterkünften untergebracht.

Mit der Bereitstellung von Unterkünften ist das Hilfsprojekt nicht beendet: Aktuell ist die Mithilfe und Unterstützung der Flüchtlinge bei Behörden- und Arztgängen gefragt. Ein Deutschkurs läuft, im Rathaus in Theilheim wird eine eigene „Tafel“ angeboten.

Frau Ruf staunt darüber, was „wir in diesem Ort stemmen können!“

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Heike Thoma
Schriftführerin